

II-3901 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 22. Nov. 1991 No. 11020.0040/5-91
zu No. 11020.0040/2-91

DER PRÄSIDENT DES NATIONALRATES

Wien, am 20. November 1991

A N F R A G E B E A N T W O R T U N G

zur Anfrage 11020.0040/2-91 der Abgeordneten Dr. Schranz und Genossen an
den Präsidenten des Nationalrates

Der Abgeordnete Dr. Schranz hat am 14. November 1991 gemäß § 89 GOG an
den Präsidenten des Nationalrates eine schriftliche Anfrage gerichtet,
die folgenden Wortlaut hatte:

"Sind Sie bereit, die Bundesregierung zu ersuchen, Regierungsvorlagen und
Berichte an den Nationalrat ausschließlich in für alle gut lesbarer
Schriftgröße vorzulegen?"

Ich beehre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

Ich bin selbstverständlich bereit, den Herrn Bundeskanzler zu ersuchen,
im Wege eines Rundschreibens an die Mitglieder der Bundesregierung diese
darauf aufmerksam zu machen, daß Regierungsvorlagen und Berichte an den
Nationalrat ausschließlich in für alle gut lesbarer Schriftgröße
vorzulegen sind.

Ich habe die Parlamentsdirektion beauftragt, eine diesbezügliche Note
vorzubereiten.

Wolfgang



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMT

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 531 15/0
Fernschreib-Nr. 1370-900
DVR: 0000019

GZ 600.378/1-V/1/91

An alle
Bundesministerien und
die Sektionen I, II, III, IV und VI
des Bundeskanzleramtes

Im Nachhang zur Beantwortung
der Anfrage der Abgeordneten
Dr. Schranz und Genossen an den
Präsidenten des Nationalrates
(Zl. 11020.0040/2 und 5-91).

Sachbearbeiter

Klappe/Dw

Ihre GZ/vom

Betrifft: Übermittlung von Regierungsvorlagen und Berichten an
den Nationalrat;
Verwendung gutleserlicher Schriftgrößen

In einer parlamentarischen Anfrage der Abgeordneten Dr. Schranz und Genossen vom 14. November 1991 betreffend Schriftgrößen von Regierungsvorlagen und Berichten wird darauf hingewiesen, daß es in letzter Zeit auch Regierungsvorlagen und Berichte gebe, die in winzigen Buchstaben gedruckt sind. Als Beispiel wird dabei auf die Regierungsvorlage betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Postgesetz geändert wird, hingewiesen. Diese Vorgangsweise sei - so die parlamentarische Anfrage weiter - rücksichtslos und zeuge von großem Unverständnis, insbesondere gegenüber durch Sehschwäche behinderten Kolleginnen und Kollegen. Aufgrund dieser parlamentarischen Anfrage hat der Herr Präsident des Nationalrates gebeten, im Wege eines Rundschreibens auf dieses Problem aufmerksam zu machen.

Das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst ersucht diesem Anliegen Rechnung zu tragen und für den Druck von Regierungsvorlagen und Berichten an den Nationalrat ausnahmslos Schriftgrößen vorzusehen, die für alle gut lesbar sind.

19. Dezember 1991
Für den Bundeskanzler:
HOLZINGER

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

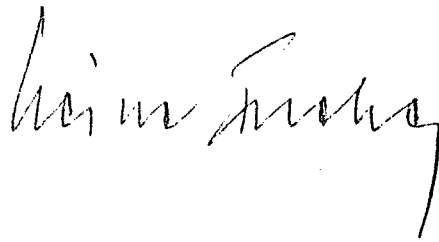
- 2 -

Punkt 2 der Anfrage lautet: "Wenn ja, was gedenken Sie in Ihrem Verantwortungsbereich zu tun?"

Ich antworte wie folgt:

Jene Ausnahme, auf die ich unter Punkt 1 verwiesen habe, betrifft die Funktion des Präsidenten des Nationalrates, den § 102 der Geschäftsordnung zu handhaben.

Ich würde nicht zögern, von den dort genannten Möglichkeiten Gebrauch zu machen, wenn dies aufgrund der Sachlage geboten erscheint.

A handwritten signature in black ink, which appears to read "Heinz Fischer". The signature is written in a cursive style with a long, sweeping tail on the last letter.

II-3900 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 22. Nov. 1991 No. 11020.0040/4-91
zu No. 11020.0040/1-91

DER PRÄSIDENT DES NATIONALRATES

Wien, am 21. November 1991

A N F R A G E B E A N T W O R T U N G

zu der von den Abgeordneten Voggenhuber und Genossen am 12. November 1991 gemäß § 89 GOG an den Präsidenten des Nationalrates gerichtete schriftliche Anfrage 11020.0040/1-91

Punkt 1 der Anfrage lautet: "Sehen Sie angesichts des manifesten Antisemitismus und der Ausländerfeindlichkeit die Notwendigkeit zum politischen Handeln. Wenn nein, warum nicht?"

Darauf antworte ich wie folgt:

Ich bin der Überzeugung, daß jeder Form von Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit entgegengetreten werden muß. Rechtliche Grundlagen für diesbezügliche Maßnahmen gibt es vor allem für die Justiz und für die Sicherheitsbehörden.

Darüber hinaus ist es zweifellos Aufgabe von allen, die in der Öffentlichkeit tätig sind, zu Problemen des Antisemitismus und der Ausländerfeindlichkeit in klarer Form Stellung zu nehmen, doch liegt dies - von einer Ausnahme abgesehen - außerhalb meines gesetzlichen Wirkungsbereiches, der durch die Bundesverfassung und das Geschäftsordnungsgesetz abgegrenzt ist.